

# Dresdner Volkszeitung

Redaktion: Zeitungssatzerei: Bautz, Böhmen & Comp., Nr. 2081. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Bantam: Gebr. Arnold, Dresden.

Monatsabonnement mit der regelmäßigen Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, auch einschließlich Brüderlichkeit monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen zweijährlich 4.00 M. unter Kreisband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Zusatzheft der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zeitungssatzerei: Bautz, Böhmen & Comp., Nr. 2081. Sprechstunde nur zwischen 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Zeitungssatzerei: Bautz, Böhmen & Comp., Nr. 2081. Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Abrechnungen werden die Tageszeitung mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Sonntagsausgaben. Zulizen müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgeben sein und sind im vorraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 180.

Dresden, Montag den 5. August 1918.

29. Jahrg.

## Der Kampf in Sibirien.

Aus Stockholm meldet Telunion: Obwohl der größte Teil der Eisenbahnlinie, die von Wladiwostok nach Irkutsk vor den Uralo-Slowaken gehalten wird, befindet sich dennoch eine große Strecke dieser Linie und zwar in Transsibirien in der Nähe des Baikalsees in tschechoslowakischen Gebiet. Dadurch wird das Vordringen der japanisch-chinesischen, englisch-französischen und tschechischen Kräfte nach dem letzten Jahr erschwert. Die obere Heeresleitung hat verfügt, daß die Operationen in großem Stil beginnen, vor allen Dingen die große Eisenbahnlinie zu kämpfen sei. Es handelt sich hierbei um eine schwierige Aufgabe, denn es muß gezeigt werden, daß große Straßen meilenweit rechts und links der Eisenbahn täglich von den Bolschewitschern besetzt werden und sie keine Möglichkeit haben, den begonnenen Transport zu bemessen. Die Japaner sind sehr vorsichtig und sind auf einen Kriegsauftrag gefasst. Infolge der großen Transportchwierigkeiten, die sich in Sibirien seit einiger Zeit fühlbar machen, herrscht in manchen Gegenden, ja z. B. in der Nähe von Tomsk, Irkutsk, Uchoboin und Kochta großer Hunger und Not. Die vorhandenen Nahrungsmittel wurden von den durchgehenden Uralo-Slowakischen Truppen verbraucht.

### Der Rat Murawjew.

Die Petersb. Tel-Agentur meldet verspätet: Nach Bekanntgabe des Befehlsbosses aller Sowjettruppen, die gegen Uralo-Slowaken operierten, des Obersten Wagesitzes, sogen sich die Sowjettruppen von Irkutsk aus zu Irkutsk, da die Verteidigung dieser Stadt unzureichend geworden war infolge der durch den Befehl des linken Sozialrevolutionären Murawjew hergerufenen Folgen. Der frühere Befehlshaber der Sowjettruppen, Murawjew, standte am 6. Juli, nachdem er die Nachricht über den Aufstand der linken Sozialrevolutionäre in Moskau erhalten hatte, an alle Armeen den Befehl, daß die Deutschen Ortschaften einzunehmen hätten und noch Moskau verringen, und traf die Anordnung, daß alle Armeen ihre Positionen gegen die Uralo-Slowaken verlassen und eilig nach Moskau gehen sollten. Bis aus Moskau von der Sowjetregierung der Befehl kam, Murawjew zu erlösen, waren die Sowjettruppen, die an die Verfügung Murawjews glaubten, von der Weißarmee zurückgegangen, indem sie die Städte Syrjan, Wolfsburg und andere Punkte räumten. Die Weißarmee setzte sofort über die Wolga und nahmen die geräumten Städte, wie auch verschiedene Ortschaften, welche Zentral-Russland mit Irkutsk verbinden, ein. Aus Irkutsk auszog und nach Moskau vorgedrungen. Dem neuen Befehlshaber der Sowjettruppen, Wagesitz, gelang es in den letzten zwei Wochen, die Uralo-Slowaken wieder zur Wolga zurückzudringen, von neuem Wolf und einige andere Städte einzunehmen und den Angriff im Wolgograd nach einem neuen Plan zu beginnen, wodurch er aus strategischen Berechnungen die Front am Ural auszögeln hatte, zu welchem Zweck er zeitweilig Irkutsk auszugeben mußte.

### Ein russisch-japanischer Geheimvertrag?

Moskau, 8. August. Die in Moskau neu erscheinende Zeitung "Der Friede", ein pacifistisches Organ, veröffentlicht einen Auszug aus dem russisch-japanischen Geheimvertrag vom 3. Juli 1915 gegen England und Amerika. Der Vertrag ist unterzeichnet von Saiono und Motono. Der Vertrag stellt sich der Aufsicht: Schutz Chinas vor politischen Herrschern gegenüber einer Macht mit der Verpflichtung zu gemeinsamem bewaffnetem Angriffen, wobei sie sich anstrengen, keinen Separatfrieden mit dem gemeinsamen Feinde zu schließen. Der Vertrag ist gültig bis 1921. Die Überschrift des Vertrags lautet: Geheimvertrag zwischen Russland und Japan betreffend bewaffnetes gemeinsames Eingreifen gegen Amerika und England im Falle des Krieges der Sommer 1921.

### Wie Japan das Gesicht wahrt.

London, 8. August. Reuter erfährt, daß in der Tokioer Zeitung vom 2. August eine Erklärung veröffentlicht wurde, in der von der bevorstehenden Abhandlung alliierter Truppen nach Wladiwostok Mitteilung gemacht wird. In der Erklärung wird besagt:

Die Vereinigten Staaten haben unlängst Japan die baldige Entsendung von Truppen zum Schutz der Uralo-Slowaken vorbereitet. Ansicht der Gesichts, der die tschechoslowakischen Truppen in Sibirien von Seiten der Deutschen, der Österreichischen und Ungarn ausgesetzt sind, war es den Alliierten natürlich nicht möglich, eine Gleichmäßigkeit des unwilligenen Einsatzes der Freiwilligen zu gewährleisten. Das gewisse Ziel ihrer Truppen hat bereits den Befehl erhalten, nach Wladiwostok zu gehen. Die Regierung der Vereinigten Staaten, die den Ernst der Lage ebenso sehr einfahrt, hat sie vor Augen, daß die japanische Regierung gewandt mit dem Vorhaben, rasch Truppen abzuschicken, um die Uralo-Slowaken von dem Feind zu befreien. Die japanische Regierung, die dem Wunsch der amerikanischen Regierung nachkommen wollte, hat beschlossen, unverzüglich die Versetzung geplanter

Streitkräfte für die vorgeschlagene Mission in Angriff zu nehmen. Eine gewisse Zahl dieser Truppen wird sofort nach Wladiwostok geschickt werden. Obwohl die japanische Regierung diesen Kurs einschlägt, bleibt es doch auch jetzt ihr Wunsch, Beziehungen dauernder Freundschaft mit Russland zu unterhalten, und die Japaner geben nochmals die Sicherheit, daß sie an ihrer bereits fundgegebenen Politik der Achtung vor der territorialen Integrität Russlands festhalten und sich jeder Einmischung in seine innere Politik enthalten werden. Sie erfordern ferner, daß sie nach Vermöhlung ihrer oben dargelegten Absichten sofort alle japanischen Truppen vom russischen Gebiet zurückziehen und die Souveränität Russlands sowohl in politischer als in militärischer Hinsicht vollständig unbeeinträchtigt lassen werden.

### Proletarische Offiziere.

Moskau, 2. August. (P. T.-A.) Zur Bildung des Offizierkorps aus Arbeitern selbst besteht seit Ende April eine Reihe von Militärschulen mit viermonatigem Kursus. Dank dieser Maßnahme wird im August eine große Anzahl von Arbeitern in der Sowjetarmee Offiziersstellen einnehmen und dadurch den Mangel an proletarischen Offizieren beseitigen. Bisher wurde der Offiziersbestand der Sowjetarmee durch frühere Offiziere der zaristischen Armee ergänzt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß bei Ausscheiden der Weißen Garde und überhaupt bei Zusammenführen mit den Feinden der Sowjetrepublik sehr viele Offiziere sofort auf die Seite der Feinde übergingen, wie in Jaroslaw, im Kursan, Kirov und in anderen Orten, aber daß sie die Operationen ausführen. In die Akademie des Generalstabes werden seit Ende Mai ebenfalls nur solche Personen aufgenommen, deren Ergebnis gegenüber den Sovjets erprobt ist. Die in der Akademie des Generalstabes mit Amtseinführung aller Kräfte durchgeföhrte Arbeit ist auf einen optimistischen Kursus berechnet.

### Die Untersuchung in Riem.

Riem, 4. August. Die Untersuchungen über die Urheber des Attentats auf Feldmarschall v. Eichhorn nehmen ihren Fortgang und haben zu weiteren Verhaftungen geführt. Einzelheiten können zur Zeit nicht bekanntgegeben werden. Durch die bisherigen Feststellungen wird bestätigt, daß das Verbrechen auf eine Organisation der unter Entente-einfluß stehenden russischen Sozialrevolutionäre in Moskau zurückzuführen ist. Die Vermutung, daß bei der Dingerung der Mörder englisches Geld eine Rolle spielt, gewinnt an Wahrscheinlichkeit.

### Finnoo-russisches Abkommen.

Nach einer Meldung des Berl. Tagebl. aus Helsinki ist zwischen der Sowjetregierung und der finnischen Regierung ein Abkommen wegen der Freigabe der in Finnland verhafteten Russen und der in Russland verhafteten Finnen getroffen.

### Deutsche und englische Friedensbereitschaft.

Die Nordb. Allg. Zeit. schreibt:

Nach einer von mehreren deutschen Blättern verbreiteten Londoner Meldung des Neue Rotterd. Kontakt soll Bonar Law auf eine Enthaltung eines Unterauhau erklärt haben: "Die englische Regierung ist immer bereit, Vorschläge zur Herbeiführung eines befristeten Friedens zu erwägen."

Bir glauben an die Vermutung berechtigt zu sein, daß Friedensvorschläge, die Bonar Law befürworten würden, diese Kennzeichnung nur in britischer Sinne verdienen würden, aber durchaus nicht im Sinne Deutschlands und seiner Bundesstaaten.

Schon der bloße Gedanke an die englischen Karikaturen weist darauf hin, daß man darüber offenbar die Weisheitsträume einer Art uns, besonders auch für die deutsche Arbeiterschaft ganz unannehmbaren, auf die Entwicklung Deutschlands durchsetzen will.

Man beduldigt uns im feindlichen Lager zwar noch immer der Friedensfreiheit. Aber was unter Staatsräumen über den Frieden gelegt haben, ist für alle, die richtig zu hören, bestimmt, vollkommen genügend, um unsre Ansprüche darauf zu begründen, daß man jetzt vor allem einmal von der Gegenseite Antwort gibt, die als befriedigend anerkannt werden kann.

Damit, daß die Norddeutsche Allgemeine Zeitung den Vorwurf der Zweideutigkeit zurückweist, ist nichts gewonnen. Es ist vielmehr notwendig, daß die deutsche Regierung mit näheren Angaben darüber hervorhebt, wie sie sich die Gestaltung der Friedensbedingungen im einzelnen stellt, indem sie zum Beispiel nähere Vorschläge über die Schaffung eines Volkerbundes macht. Damit würde sie wahrscheinlich an den maßgebenden Verhandlungsbereitschaft Bonar Laws und seiner Kollegen nichts ändern, vielleicht aber bei den Entente-Staaten Wirkungen erzielen, die ihren Staatsmännern wenig angenehm wären.

(V. T.-A.) Amlich. Großes Hauptquartier, den 5. August 1918.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der Front zwischen Spree und südlich Montbéliard nahm die Feuerkraft am Abend zu und blieb auch die Nacht hindurch lebhaft. Die Alander, nördlich von Albert und bei der Somme wurden Vorläufe des Feindes abgewiesen. Nördlich von Montbéliard nahmen wie unsre auf dem Westufer der Aare und bei Tonbach liegenden Kompanien ohne feindliche Einwirkungen hinter Masseküste nach Süden vor.

#### Heeresgruppe Deutsche Kreisgruppe:

An der Vesle hat die Feuerkraft zunommen. Erfolgreiche Feldzüge südlich von Monceau und westlich von Reims. Nach mehrfacher Teilstellung wichen unsere Nachhuten einem stärkeren Angriff des Gegners auf Bismarck auf. Bismarck befahl gemäß auf das Kriegsministerium.

#### Heeresgruppen Gallienic und Herzog Albrecht.

Während der West in den mittleren und oberen Vogesen wurden Vorläufe des Feindes abgewiesen. Im Sundgau nahmen wir bei eigener Unternehmung Gefangene.

Habschweiz Thom errang seinen 22. Sieg.

Der erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

### Das litauische Selbstbestimmungsrecht.

Bei litauischen Große veröffentlicht die Norddeutsche Allgemeine Zeitung eine längere Darstellung, in der sie die zurißhaltende Haltung der deutschen Reichsregierung zu den Berichten des Staatsrats, den Herzog von Urad zum König von Litauen zu machen, näher begründet. Wir entnehmen daraus folgendes:

Die Verhandlungen des sogenannten Staatsrats wurden hinter verschlossenen Türen geführt, und ihr Ergebnis blieb bei der deutschen Regierung, die davon geheimstreichlich ferngehalten wurde, längere Zeit unbekannt. Das Verhalten der Litauer hatte dazu geführt, daß die deutsche Regierung nicht einmal wußte, was der Staatsrat überhaupt war. Es steht sich nun heraus, daß der Staatsrat eine verkleinerte Form des Landestags ist, der sich jetzt im unabhängigen litauischen Staat tut. Es blieb auch unbekannt, mit welchem Stimmenverhältnis die Königswahl vor sich gezeigt hat, kurz, die ganze Präsentation des Wiles ließ den Regierung breit offen.

Entscheidend für die Haltung der deutschen Regierung waren jedoch weniger die formellen Seiten der Frage, als vielmehr folgendes: Der litauische Landestag hat Deutschland um Schutz und Hilfe gebeten. Daraus folgt, daß dieses, wenn es sich für Litauen einzegen soll, bei Begehung der Landesangelegenheiten um seinen Platz gefragt werden muss. So steht Deutschland gewillt ist, Litauen eine Verfassung oder Regierungsform zu etablieren, so wenig ist das Gegenteil möglich. Von litauischer Seite wurde für das selbständige Vorzeichen Litauens gestellt, daß im April der Monat von Mitgliedern des litauischen Landestags, in Berlin über die Abstimmung zu verhandeln, aufschieden bezeichnet wurde; dies war nötig, weil die Vorarbeiten noch nicht für Verhandlungen reif waren. Als zweiter Grund wurde angegeben, daß der Reichskanzler eine Deputation des Landestags nicht empfangen konnte, weil er in das Hauptquartier abreisen müsse. Erwidert wurde, er könne feststellen, daß zwei legitime Vertreter des Landestags in Berlin sind und in bestehenden Beziehungen zu der Reichsregierung stehen. — Was nun die

Handlung des Herzogs von Urad betrifft, so liegt in der Erklärung der deutschen Regierung keiner Abwendung noch irgendeine Erklärung für eine andere Standpunkt. Die Regierung steht demnach auf dem Standpunkt, daß vor Erledigung der Thronfrage die staatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und dem litauischen Staat geordnet sein müssen. Wir können nun hierzu mitteilen, daß die Vorberettung der mit Litauen abgeschlossenen Konventionen in Berlin jetzt sowohl gelebt ist, daß sie nächste Woche abgeschlossen werden und dann die Verhandlungen mit litauischen Vertretern beginnen können. Wenn diese Verhandlungen, wie zu erwarten steht, einen raschen und günstigen Verlauf nehmen, wobei zu bemerken ist, daß der staatsrechtliche Abschluß der Konventionen erst durch eine litauische Regierung und durch das Datum des Landestags erfolgen kann, dann wird man auch zu einer Lösung der Thronfrage schließen können. So ist zu erwarten, daß die demokratische geworden und auf den gegenwärtigen Verhältnissen beruhende Prangnahme der litauischen Angelegenheit die Abwehrstandards rasch befehligen wird, die sich an den verfehlten Verhältnissen des litauischen Gebiets gestützt haben.

Die Errichtung des Regierungsbüros über das selbständige Vorzeichen des litauischen Staatsrats ist unangreifbar, denn auch die deutsche Regierung will ja Litauens Schicksal nicht durch ein Volkswort, sondern von oben her bestimmen. Nur will die deutsche Regierung dabei untersetzen, Litauen soll also erst die gesetzten Münz-, Währ-, Gewichts-, Soll- und Militärlkonventionen mit dem Deutschen Reich abschließen, und dann soll erst über die Regierungsförderung gegeben werden. Die Litauer behaupten, daß außerdem die Abfahrt besteht, ihnen eine Friedensschließung obzuwerthen. Zur Durchführung ihrer Forderungen hat die deutsche Regierung zwei starke Trümpe in der Hand: sie kann mit der Rückbesetzung des Herzogs von Urad und mit einer Verkleinerung des litauischen Gebiets drohen, durch beide Mittel würde sie sich über die Litauer zu tödlichen machen. Ab-

geschen von der nationalen Einheitlichkeit in territorialen Fragen sieht der litauische Staatsrat im Herzog von Utrach den Thronkandidaten der nationalen Selbständigkeit, einen Erben des alten litauischen Königsgeschlechts und heimkehrenden Sohn des litauischen Volkes. Von einer Personalunion mit Preußen oder Sachsen will er nichts wissen. Die deutsche Regierung lässt die Litauer mit der Aussicht einer Besitzspur des Herzogs: welchen Preis sie dafür verlangt, wird sich bei den kommenden Verhandlungen zeigen.

## Feindliche Heeresberichte.

**Brüsseler Heeresbericht vom 3. August abends:** Tausender waren unter Truppen die feindlichen Nachhutn zu Fuß und fingen ihren Siegesschlag auf einer Strecke von etwa 50 Kilometer Breite in der Richtung auf die Stadt fort. Auf unserer linken Flügel haben wir die Alte und Weste erobert, von Solingen bis Elmes, beiden Länder der Amerikaner bringt halten. Teilchen von Elmes haben wir die Linie nördlich von Solingen - Braine - Gouy - Guignies erreicht. Unter Kavalleriekundungsabteilungen gehen längs der Eisenbahn Solingen - Elmes vor. An verschiedenen Punkten übersteigt der Feind seit gestern 10 Kilometer. Mehr als 50 Dörfer sind an einem einzigen Tage besetzt worden.

**Amerikanischer Bericht vom 3. August:** Der Feind wurde in Verbindung über die Westfront geführt. Seit dem 14. Juli haben wir im Laufe unserer Unternehmungen 8400 Gefangene gemacht und 133 Geschütze genommen.

## Wirtschaft und Zollunion.

**Die handelspolitische Vereinigung der landwirtschaftlichen Körperchaften:** Voreins, einschließlich Württemberg und Württemberg, erheben gegen den österreichischen Vorschlag der den Salzburger Verhandlungen, Österreichisch-ungarische Landwirtschaftliche Erzeugnisse auf die deutsche Freiheit zu setzen, will fügen, zulassen, den schärfsten Einspruch. Sie motivieren ihre ablehnende Haltung mit politischen Bedenken — Deutschland lasse bei einer so langen Verbindung, wie sie eine Zollunion darstelle, schwere Gefahr, in die ewigen innerösterreichischen Handel betrifft zu werden — und mit der Sorge vor dem Wettbewerb der berühmten Donaumonarchie auf dem Westen und Osten. Diese legt Gefahr sei besonders groß, weil sich das staatsrechtliche Verhältnis Polens, der Ukraine, Rumäniens und Serbiens noch nicht übersehen und sich daher auch nicht feststellen lasse, ob nicht diese Länder in ein besonderes handelspolitisches Verhältnis zur Donaumonarchie treten werden.

Die Agrarier rütteln sich bei Seiten. Sie beileben sich, gegen die unverbindlichen Salzburger Vespredungen zu protestieren, noch ehe ein Ergebnis vorliegt. Auch die Arbeiterschaft hat allen Anlass, dieser Konflikte ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Besonders die wichtige Tischausstellung will ja den Freihandel für landwirtschaftliche Produkte zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, aber nur, um dieses Wirtschaftsgebiet gegen das übrige Ausland um so schärfer abzuschließen. Die bohemischen Agrarier rütteln aber, daß dieser Abschluß doch nicht hielte und sich fest sein könnte, und laufen darum rechtzeitig Sturm.

Vor allem muß aber festgestellt werden, daß sie von ganz unrichtigen Voraussetzungen ausgehen. In Salzburg steht eine Zollunion überhaupt nicht zur Diskussion. Es sollen nicht die Hölle zwischen den beiden Mittelmächten überhaupt aufgehoben werden, sondern es soll nur die Freiheit erheblich erweitert werden. Ganz hat Österreich-Ungarn schon vor dem Kriege aufgehört, ein Agrar-Emporium zu sein. Seine leichten Beschwerden gegen den Handelsvertrag mit Deutschland werden ja gerade darauf gestützt, daß seine Unterhändler seine Fähigkeit zur Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse beim Abschluß des geltenden Vertrages weit übertragen und von Deutschland gegen Konkurrenten bei den industriellen Gütern eingehandelt werden. Auf Landwirtschaftsprodukte eingehandelt, welche Nachlässe nicht ausgenutzt werden können. Schließlich wird lange Zeit nach dem Kriege ein solcher Bedarf an Lebensmitteln bestehen, daß Deutschland wirklich kein größeres Glück rücksichtigen könnte, als daß es von Österreich-Ungarn —

## Das Ende der Zigarette.

Es ist nicht mehr davon zu zweifeln: die Zigarette stirbt aus. Es noch ein Vorurteil vorhanden ist, reicht vielleicht bis zum Ende dieses Jahres. Dann aber heißt es ernstlich, von der Zigarette abschieden zu nehmen. Wie, um ihren Verehrern zu zeigen, wie sinnlos sie ist, ist sie im Preis in der letzten Zeit immer mehr gestiegen. Dieser Zigarette sollte den Rauchern dadurch der Abschied leichter gemacht werden, doch das ist durch die Veränderung der Qualität längst geschehen. Das Berliner Tageblatt erfährt dazu aus hochmännischen Kreisen:

Die Zigarettenherstellung umfaßt in Deutschland rund 1000 Fabriken, große, mittlere und kleine Betriebe zusammengezogen. In Friedenszeiten bezogen diese Fabriken am Rohstoff drei Viertel aus dem Ausland und nur ein Viertel deutscher Tabak. Der Verbrauch betrug in den letzten Friedensjahren durchschnittlich 8 Milliarden Zigaretten. Im Kriege trat ein außerordentlicher Nachbedarf ein. Es ist begreiflich, daß die Zigarettenherstellung von 8 Milliarden Stück Zigaretten im Frieden im Jahre 1918 auf momentan eine Milliarde, also auf 12 Milliarden pro Jahr, gestiegen ist und damit ihren Höhepunkt erreicht hat.

Gerade um die Zeit, als die Zigarettenherstellung ihren Höhepunkt erreicht hatte, trat auf dem Weltmarkt eine ganz abnorme Preissteigerung für Rohtabak ein. Die deutsche Regierung sah sich daher veranlaßt, im August 1918 ein Einfuhrverbot zu erlassen, um dadurch auf den Holländischen Markt zu drücken, es ist ja bekannt, daß die ausländischen Rohstoffe kommt von Amerika als aus Indien über Holland gehen. Die Wahrheit der deutschen Regierung erwies sich aber in ihren Folgen nicht als günstig. Wohl trat der beschäftigte Preissturz zunächst ein, aber durch das Einfuhrverbot verlor Deutschland jede Verbindung mit dem Rohstoffmarkt, und der Preisrückgang brachte dem deutschen Käufer keinen Vorteil, weil er wegen des Einfuhrverbots nicht kaufen konnte. Nach acht Monaten hob dann auch die deutsche Regierung das Einfuhrverbot wieder auf. Nun aber war es zu spät, das Verlorene zu kompensieren. Der Markt war in Unordnung gebracht worden, die deutschen Händler konnten die alten Verbindungen nicht wieder herstellen und die Preise, die gezahlt werden mussten, waren höher, als vor dem Erst des Einfuhrverbots. Es konnten also größere Vorräte nicht nachbeschafft werden, und jetzt ist infolge Mangels an Schiffraum Holland selbst ohne Tabak und es besteht auch für die nächste Zeit, selbst bei baldiger Beendigung

was aber leider ganz unwahrscheinlich ist —, große Lebensmittelmengen erhält. Eben darum haben sich die Mittelmächte ja auch die Option auf die rumänische Ernte für lange Zeit gesichert. Jener Staat wird im Wirtschaftskrieg nach dem Wasserkrieg am besten bestehen, der viele und billige Lebensmittel zur Verfügung hat. Nur so können die unausleidlichen sozialen Kräfte gemildert werden. Darum verrät der Einpruch der bayerischen Agrarier einen hartherzigen Egotismus, der das Wohl des Vaterlandes über dem politischen Interesse an hohen Preisen übersteht.

## Deutsches Reich.

### Die Lackstiefel der Munitionsarbeiter.

In der Deutschen Tagesszeitung unterzieht sich ein Herr Dr. Lüdermann der an sich sehr verdienstlichen Aufgabe, die Deutschnaheit auf die Schuh- und Kleidernot der Landarbeiter aufmerksam zu machen. Aus den Schlußungen, die er aus dem ganzen Reich zusammenträgt, gewinnt man den Eindruck, daß es sich hier um eine Gefahr nicht nur für die bediensteten Landarbeiter selbst, sondern für die Allgemeinheit handelt. Schon jetzt sind die Leute bei näherem Weiter offenbar nicht herauszubringen, weil es ihnen an Kleidern und Schuhen fehlt, und mit berechtigter Sorge wird die Frage aufgeworfen, wie sich unter solchen Umständen die herbstliche Kartoffel- und Rübenrente gestalten soll.

Bon der Stimmung und den Ausschreibungen der Landarbeiter (es handelt sich dabei durchgängig um ländliche Arbeiter) erhält man aus den Quellen, die Herr Lüdermann im agrarischen Hauptorgan wiedergibt, ein sehr merkwürdiges Bild. Wir zitieren:

„Die Munitionsarbeiter teilweise sogar Stundenlohn bis zu 5,40 M. bezahlen, und sie wohl in der Lage, sich auch Schuhzeug und Angebote zu verschaffen. Demgegenüber werden für landwirtschaftliche Produkte wiederholts Höchstpreise rücksichtslos festgesetzt, obgleich nachzuweisen ist, daß diese nicht annähernd die Selbstkosten decken.“ (Brandenburg)

Gerae in der Zeit der Hochfrüchte, wo wegen der Frostgefahr auch im Frieden schon kein Mensch fehlen darf, können Ausfälle durch Krankheiten für die Volksernährung jetzt geradezu verhindern müssen. Ich befürchte aber, daß man sich höheren Krisen trotz aller Vorsicht, die wir vorausbringen in der Lage sind, zu einer Rendierung nicht bereitfinden wird. Wenn Herr Scheidemann dürfte seine Einwilligung kaum geben.“ (Mecklenburg)

Die Folge wird aber sein, daß die Kartoffeln erstickten. Nachher ist das Geschehen nach Kartoffeln wieder groß. Mit allen möglichen und unmöglichen Trickstücken ist uns nicht geholfen. Die können ja die Munitionsarbeiter in ihren trocknen Räumen tragen, wo sie sich länger halten werden, als im naiven Aderboden.“ (Neumarkt)

Was wurden einmal Segeltuchschuhe in Aussicht gestellt im Oktober d. J., die aber bis heute nicht angekommen sind. Wie ganz anders ist es in der Industrie, wie ich es täglich erlebe. So haben in der Biegeler eines Rohbarometers die Leute schon dreimal prima einfache Schuhe erhalten. Sogar für die Frauen der Arbeiter zum Essentragen sind diese prima einfache Schuhe zu 22 M. das Paar beschafft worden. Schuharbeiter des beschafften Stoffwechsels tragen schöne neue Schuhe zu 27 M. Dickeramt ist die Gewerkschaft gewesen, die jetzt 8,80 M. pro Schuh zahlt und höchstens 120 Gramm Butter und 800 Gramm Wurst als Zulage gibt.“ (Provinz Sachsen)

„Als wurden einmal Segeltuchschuhe in Aussicht gestellt im Oktober d. J., die aber bis heute nicht angekommen sind. Wie ganz anders ist es in der Industrie, wie ich es täglich erlebe. So haben in der Biegeler eines Rohbarometers die Leute schon dreimal prima einfache Schuhe erhalten. Sogar für die Frauen der Arbeiter zum Essentragen sind diese prima einfache Schuhe zu 22 M. das Paar beschafft worden. Schuharbeiter des beschafften Stoffwechsels tragen schöne neue Schuhe zu 27 M. Dickeramt ist die Gewerkschaft gewesen, die jetzt 8,80 M. pro Schuh zahlt und höchstens 120 Gramm Butter und 800 Gramm Wurst als Zulage gibt.“ (Provinz Sachsen)

„Es ist unverhüllt, daß wir Landwirte, die wir schon in Friedenszeiten unzige abgetragene Kleidung und Schuhzeug unter unsre Leute verteilen, jetzt gezwungen werden, dies zu unterlassen, wo es den Leuten so bitter notzt. Wir sollen und wollen viel produzieren. Unstatt, daß und aber hierbei geholfen wird, bereitet man uns in jeder Weise Schwierigkeiten. Ich kann nicht von Arbeitern, die drei Wochen lang Koffstoffe fäden, verlangen, daß sie ihr eigenes Schuhwerk tragen. Kann ihnen dafür nicht mehr von mir Zeug geliehen werden, wie bisher, so kann ich es ihnen nicht verdenken, wenn sie sich weigern, diese gefunfestischbare Arbeit zu verrichten. Es ist ein Hohn, daß wir den Herren Munitionsarbeiter, die auf ihren Hamsterfächern mit Lackstiefeln und den feinsten Nagigen täglich unsre Gegenstand beobachten, auch noch das geben müssen, was unseren Landarbeitern kommt.“ (Briegnitz)

„Wirken unsre Arbeiter Sozialdemokraten und wir dazu, wie würden heute nicht so drängelnd und gehetzt, daß alle Produktionsfreudigkeit mit Gewalt erstellt wird.“ (Polen)

Was es mit den hohen Wöhnen der Munitionsarbeiter auf sich hat, hat ja fürzlich die vom Metallarbeiterverband veröffentlichte Statistik gezeigt. Wenn aber wirklich irgend einer der unzufriedenen Großgrundbesitzer Munitionsarbeiter

geschenkt hat, die mit Lackstiefeln aufs Land kamen, so kann er sicher sein, daß die Arbeiter sich die Lackstiefel nicht zum Vergessen getraut haben, sondern weil sie nichts anderes bekommen könnten. Arbeiter, die, wenn sie die freie Wahl erworben hätten, für ihr so erworbenes Geld und ihren mit Mühe erworbenen Zugangsschein sich lieber ein Paar derbe Lederschuhe erwerben würden, statt eines Paars gewöhnlich nicht sehr bauernhafter Lackschuhe, dürfen nur in der Phantasie wilden Lassungen der Landwirte, welche gefährliche Folgen die agrarische Krise gegen die Arbeiter hat. Man ist nun glücklich soweit, daß manche Landwirte sich einbilligen, den städtischen Arbeitern gebe es wer weiß wie gut, während in Wirklichkeit die Industriearbeiter seit Jahr und Tag unter kaum erträglichen Rücksichten leiden, schwere Arbeit leisten und dabei darauf verzichten müssen, sich ordentlich satt zu essen.

### Brüderlichkeit des Reichstags?

Der Reichstag hat sich nahezu einstimmig gegen den Vertrag ausgesprochen, den die Regierung mit der Gesellschaft Westmark über die Liquidation des französischen Grundbesitzes in Lothringen abgeschlossen hat. Da der Reichstag die Macht hat, die Auflösung des Vertrags nötigenfalls zu ergreifen, ich bin kein Zweifel daran möglich, daß das Reichstagschamäleon den Vertrag aufzulösen werde. Jetzt aber ist unten Nürnbacher Parteiblatt folgendes Schriftstück auf den Redaktionstisch gellogen:

Strasburg, 20. Juli 1918.

Ministerium für Elsaß-Lothringen.

Da die Krone, in welcher Weise den durch die Tagesschriften bekanntgegebenen Wünschen des Hauptausschusses des Reichstags in bezug auf die Landesgesellschaft Westmark Rechnung zu tragen sein wird, nicht in wenigen Wochen gelöst werden kann, die Durchführung des Liquidationsvertrages über unsern kleinen Nachbarn verübt werden darf, halte ich es nach Lage der Sache für unabdingbar geboten, daß die Grundstücke der Westmark mit kleinen Nachdruck fortgeführt werden müssen.

Euer Hochwohlgeboren erlaube ich hierdurch, die beiliegenden Blätterdokumente nötigenfalls telegraphisch anzumelden, die Übersetzung des französischen Grundbesitzes in den Westen der Landesgesellschaft Westmark auch weiterhin auf energetische zu betreiben, damit die Liquidationen im Falle eintretender Friedensverhandlungen möglichst zum Abschluß gebracht sind.

In Vertretung: gen. v. Tisser.

An den Herren Beigeßpräsidenten in Colmar. 3. 8. 1918.

Will die Regierung den Reichstag brüskieren? Oder rechnet sie bei ihm auf eine Sinnesänderung? Bei ihren Gunsten darf man vielleicht einstellen annehmen, daß es ihr nur mit der Liquidation des französischen Grundbesitzes gilt und daß sie die Beziehungen zur Gesellschaft Westmark trotzdem neu zu ordnen gedenkt. Aber jedenfalls wird der Reichstag auspassen müssen, daß man ihn nicht vor vollendete Ladefäden stellt.

Das Schriftstück bestätigt übrigens die bisherige allgemeine Annahme, daß die elsässisch-lothringische Landesregierung an dem Geschäft mit der Westmark nicht beteiligt sei.

Der Sturm gegen die Sozialdemokratie. Die Konservativen scheinen auf der ganzen Linie einen wütenden Aufmarsch gegen die Sozialdemokratie entfesselt zu wollen. Zu den Kundgebungen des Reichsverbandes, des Preußischen Bundes und anderer angemeldeter Organisationen kommt nun noch ein Aufruf der konservativen „Mitteilungen aus der Konseriativen Partei“ vom 27. Juli. In diesem Aufruf wird darauf hingewiesen, daß die heutige Politik immer hinab, immer tiefer ins rote Meer führen müsse. Der Aufruf fordert auf zum Kampf gegen die Schwäche auf den Ministerseilen, gegen den unbeherrschbaren neuen Sturm, gegen die kommende rote Flut. Durch ihren Erfolg in der preußischen Wohlfahrtsfrage sind die Konservativen offenbar sehr übermäßig geworden und scheinen nun alles zusammenzutun zu wollen, um noch vor Beendigung des Krieges einen Ansturm gegen die Sozialdemokratie zu entfesseln.

## Ausland.

### Frankreich.

#### Die Unzulänglichkeit im Malo-Prozeß.

Paris, 2. August. Zum Malo-Prozeß, hielt der Generalstaatsanwalt Berillon die Unzulänglichkeit. Er sagte, daß Malo ein-

garren mehr geben wird. Gegenwärtig wird erneut die Fabrikation noch um 20 Prozent verringert und so ein längeres Auskommen über einen Anschluß an die Ernte 1918 ge ermöglicht. Viel Gewinn wird dabei aber auch nicht herauszuholen. Es wird wohl nichts übrig bleiben, als bis zur neuen Ernte 1919 zu warten. Da aber die Verarbeitung der Blüte bis zu ihrer Verwendbarkeit in der Zigarrenfabrik fast ein halbes Jahr beansprucht, der Herzensbedarf aber konstant bleibt, so wird wohl die nächsten drei Tage an die Blüte 1919 nicht anlegen werden können.

Von verschiedenen Seiten ist auch eine Notierung der Zigarette durch Ausgabe von Raucherzetteln angezeigt worden. Wie wir erfahren, denkt man in Deutschland nicht an eine solche Maßregel. Die schlechten Erfahrungen, die mit der Raucherzettel in Österreich und Frankreich gemacht wurden, reißen nicht zur Nachahmung. Im übrigen ist bei dieser Gelegenheit festgestellt, daß Deutschland von allen Ländern am längsten mit der Zigarrenherstellung ausgelommen ist.

Die Knappheit an Zigaretten hat natürlichweise auch eine Preissteigerung herbeigeführt, wie sie in der Zigarrenindustrie nicht zu verzeichnen war. Heute ist eine mit deutschem Tabak stark vermengte Zigarette schon „billig“, wenn sie 70 bis 80 Pf. das Stück kostet. Ist nun ein solcher Preis aufgrund ge rechtfertigt? In Händlerecken erläutert man unsrem Mitarbeiter ganz offen, daß dies nicht der Fall ist. Es werde zweifellos ein großer Nutzen gebracht. Selbst bei Augenbedenken ist der Preis für die Zigarette mehr gegenüber den preußischen Zigaretten eine Preissteigerung von 200 Prozent angenommen. In der Tat sind die Preise aber bedeutend höher. Die Ursache liegt darin, daß überall Aufläufer herumtreten, die den Fabrikanten höhere Preise anbieten, als diese selbst verlangen, um auf solche Weise größere Quantitäten von Zigaretten zu verschaffen, die natürlich dann im Händel handelbar werden.

Die Aussichten sind, wie schon oben angeführt, recht trüb. Die Zigarrenindustrie geht einer sehr langen und schweren Nebengangszeit entgegen. Es wird auch nach Preisabschluß noch keine möglich sein, niederrheinische, ländliche und ostwestfälische Rohstoffe nach Deutschland zu bekommen, denn unsere Rohstoffpolitik wird zunächst die Herstellung der allgemeinen Rohstoffe zu betreiben haben und dazu gehört nun einmal — wenn auch viele lebensfähige Raucher andere Meinung sein — der Tabak nicht.





## Gärtische Angelegenheiten.

### Ersatz für die Fabrikationsberichte.

Seit 1913 sind in Sachsen Berichte der Gewerbeaufsichtungen infolge des Krieges nicht mehr herausgegeben worden. In der ersten Zeit ließ sich das ertragen, hoffte man doch immer, daß ein baldiges Ende des Krieges die Wirtschaft aufschaffen werde, bald das Verhältnis nachzuholen. Als aber ein zweijähriges Ende des Krieges die Wirtschaft noch keinen Fortschritt nach dem anderen dahinging, haben die sozialdemokratischen Vertreter im Landtag mehrmals auf die Unzuverlässigkeit des Zustandes hingewiesen, in einer Sitzung über die Belehrer und die Industrie höchst französischen Zeit alle Ausschreibungen über die Gewerbeaufsichtungen zu unterlassen. Doch hat die Regierung immer den Krieg als unüberwindliches Hindernis für eine geregelte Beaufsichtigung eingestellt. Jetzt aber hat man sich endlich wahrscheinlich auf das Drängen der sozialdemokratischen Vertreter hin entschieden, statt den regelmäßigen Jahresbericht über die Gewerbeaufsicht einen Ersatz zu bieten. Er liegt jetzt in Gestalt eines braunen Heftes von 90 Seiten umfang vor uns und trägt die Aufschrift: "Übersichten über die Beaufsichtigung der Gewerbe und Arbeitnehmer und die Überwachungstätigkeit der sozialistischen Gewerbeaufsichtsbeamten in den Jahren 1914 bis 1917 nebst Verzeichnis der Gewerbeaufsichts- und Bauaufsichtsbeamten des Königreichs Sachsen."

Schon ein flüchtiger Blick in das braune Büchlein zeigt doch, daß der Inhalt dem langen Titel nicht entspricht. Von neun Seiten werden von den Tabellen über die Zahl der Revisionen, der beschäftigten Arbeiter, der Arbeitnehmer u. a. angefüllt. Es handelt sich um die Tabellen, die früher den eigentlichen Berichten als Anlagen beigegeben waren und die jedoch später fortgelöscht werden müssen; sie erscheinen sich zum Teil nur auf das Jahr 1917 in den wichtigsten Abdrucken aber auf die Jahre von 1914 bis 1917. Diese Tabellen ist eine äußerst gedrängte, nur 114 Seiten umfassende Übersicht beigegeben, in denen die Geschäftstätigkeit und die Lage in einigen Industriezweigen sowie die dort beobachteten Verschiebungen kurz gezeigt werden.

Da das Büchlein erst kurz vor Nebelaktionsschluss in unsre Hände kam, müssen wir uns heute auf die kurze Kennzeichnung beschränken, uns aber eine eingehendere Würdigung für die nächsten Tage vorbehalten.

### Eine nationalliberale Absage.

Das Organ des nationalliberalen Landesvereins für Sachsen, die Sächsische Union, beschäftigt sich in einem Überblicks-Artikel auch mit dem an dieser Stelle bereits gewürdigten Vorstoß des Reichsverbandes zur Verbesserung der Sozialdemokratie und führt bei dieser Gelegenheit unter andrem folgendes aus:

Der Blick auf die Kriegslage bietet uns keinen Anlaß zur Erfreude. Auch im Innern zeigt sich manches Erfreuliche. Unser Staat erträgt in den Übergangswochen zur neuen Ernte die druden-Begehrungszeitungen mit tapferem Sinn. Da der Kriegsbesiegung, die die Nationierung vielmehr ins Leere gegriffen, die großstädtischen Bewohnerungen haben, wo es irgend anging, mit ziemlichem Humor die Befreiung ihrer Notlage selbst in die Hand genommen. Wagt es jemand, sie dafür zu loben? Die freien Gewerkschaften haben in ihrem Verteidigungsbündnis versichert, daß sie auch im neuen Kriegsjahr dem Vaterland die Freude halten werden. Die Sozialdemokratische Reichsregierung hat den Kriegsbesieg in zweiter und dritter Person befürwortet. Muß gerade jetzt der Reichsverband zur Verteilung der Sozialdemokratie seine Amtsräume in der Räumlichkeit unseres alten Bekannten vom Horne-Bonau. Das Reichsregierungsamt dieses Wahlkreises halte, bis es zu Beginn 1914 fassiert wurde, einige Jahre der Verteilung des Reichsverbandes aufgestellt. Dieser Stützer und ist ein durchaus konserватiver Mann, und so trat für die Kammer zur Gesamtwahl jene Organisation Arm in Arm mit ihren Freunden von der Rechten auf den Plan. Sie haben eine Agitation losgelassen, von der die Entente noch lange lernen können. Die Wirkung blieb nicht aus. Der Reichsminister wurde in das sozialdemokratische Lager gesteckt, und der neue Reichsminister schlug sich dann nur noch an den Knöpfen. Schon sein rechter Erfolgsgeschmack ist das für den Reichsverband. Auch sonst blieben ihm größere Erfolge politischer Art verloren. Über er hatte immer fleißig den Bettelstab geschwungen. Jetzt wie nicht, so ist es eine runde halbe Million Mark, die er vor dem Kriege in guten Napieren sicher anlegen konnte. Dann hat man lange nichts von ihm gehört; bis er in diesem Frühjahr in Benken-Kameng den Konkurrenz habe, das ehemals reformerische Mandat gleichfalls den Sozialdemokraten übermittelte. Jetzt appelliert er wieder an die Freunde seiner Witbürger. Wir vermuten die Ergründlichkeit seiner Sammelpolitik nicht einzusehen.

Es wird dann darauf hingewiesen, daß sich unter den Unterzeichnern auch zwei nationalliberale Abgeordnete aus Dresden befinden, die Gegner des allgemeinen Wahlrechts seien, und dazu beweist, daß auch der Reichsverband das soziale Wahlrecht nicht werde aufhalten können. — Natürlich bleibt die sächsische Nationalliberalen nach wie vor solche Gegner unserer Partei, immerhin erscheint die Absage an die Reichsverbändler bemerkenswert.

### Gegen die bankmäßige Ausgestaltung der Sparkassen.

Die sächsischen Handelskammer haben in einem gemeinsamen Bericht das Ministerium des Innern erläutert, nach wie vor gegen eine bankmäßige Ausgestaltung der Sparkassen wie vorher kaum eine allzu weite Entwicklungsfreiheit der Sparkassenstellung zu nehmen, um eine Gefährdung des Allgemeininteresses wie der Interessen von Handel und Industrie zu verhindern.

Zu diesem Vorgeben haben Ausschüsse im Landtag bei der Beratung des Sparkassenbeschluß Anlaß gegeben, die der Beratung fortgesetzt werden soll. Gleich mag vorstellig gegenüber diesen Ausschüssen am Platze sein, die Handelskammer haben aber offenbar nur die Sonderinteressen der Banken im Auge, wenn sie jetzt Bedenken erheben.

### Raninchenzucht zur Wollgewinnung.

Zu unterscheiden in Nr. 100 erläuterten Artikel mit dieser Überschrift füreinst uns ein Raninchenzüchter: Die im Leipzig betroffene Einrichtung ist geeignet, den Kriegsbedürftigen zu billigen Rüttelfutter zu verabreichen und ihnen dadurch einen Nutzen zu verschaffen. Leider wird vom Rechte aus gar nichts zur Erhaltung der Tiere getan. Das Raninchenzucht-Zentrum, dem eine Art zur Erhaltung seines Nutzens und man kann es nicht bloß mit getrocknetem Kartoffelkuchen und Nüchternabfällen füttern. Auch brauchen die Tiere, wenn wirken, die von allen Volkstränen schwierig empfundenen

Raum und Luft. Man kann zum Beispiel ein belgisches Rennstallmännchen oder einen französischen Widder nicht in einer Hütte stehen, in der noch nicht einmal ein Hermelinmännchen Platz hat. Zur Konkurrenz kommen belgische und weiße Rinder, französische und englische Widder und silberne Rinder sind Süde von 70 Zentimeter nötig und nicht zu reichlich bewehen. Wie teuer aber ein Stall in dieser Weise ist und wo das Material dazu hergekommen werden soll, darüber ist leider von denen, die auf die Hölle und auf die Wolle Anspruch machen, nichts zu erfahren. Der Staat müßte Schritte tun, um den Bildern nicht nur zu Futter für die Tiere, sondern auch zu ausreichenden Stalleinrichtungen zu verhelfen.

### Die Kleiderablieferung in Sachsen.

Wie die Kleiderablieferungsstelle vor kurzem festgestellt hat, sind der Regierung Pirna-Stadt und der Bezirk Zwickau-Stadt die einzigen sächsischen Bezirke, die bisher ihrer Pflicht in der Kleiderablieferung voll nachgekommen sind.

### Beraubung von Kleidersendungen.

Während bisher die Lebensmittelversendungen sich einer besonderen Vorliebe der Truppen zu erfreuen hatten, scheinen jetzt auch die Kleiderposten für ihrer besonderen Ausmaß rückwärts zu dürfen. Wie nämlich der Leipziger Abendblatt geschildert waren, daß in wenigen wenigen Leute, die von auswärts kommen, das Verbinden von Kleiderstücken aus Alten und Städten feststellen müssen. Gang-Sendungen sind auf Rummelwiederberichten verzeichnet. Ein dieler Tage hat ein Leipziger angezeigt, daß ein an ihn gerichteter Koffer, der ihm aus der Inselnburg gegangen als Fraßgut gingen, die wertvollen Sachen, einen Überzieher und einen Anzug, nicht enthielt. Der übrige Teil des Inhalts, Blusen, auf die es dem Besitzer weniger anfaßt, war unverlebt.

### Zusammenschluß der sächsischen Ortsausschüsse der Reichsversicherungskanzlei für Angestellte.

Die sächsischen Ortsausschüsse der Reichsversicherungskanzlei für Angestellte haben sich zu einer Vereinigung mit dem Sieg in Leipzig zusammengetroffen. Der Grund dieser Vereinigung ist gesetzliche Auflösung über Auslegung und Handhabung des Versicherungssatzes für Angestellte sowie Erhaltung der berechtigten Rechten der Versicherungsnehmer und der Versicherung. Dies soll erreicht werden durch gemeinsame mündliche und schriftliche Konsolidierung durch Zusammensetzung und Verhandlungen mit Vertretern der Versicherungsnehmer und der Ortsausschüsse sowie die einigungen in den Händen des Vorstandes des Reichsversicherungskanzles Leipzig.

Leipzig. Die Beteiligung der Industrie an der bevorstehenden Herbst-Mustermesse in Leipzig lädt diejenige an allen früheren Messen hinter sich. bisher hatte die lebendige Leipziger Messe, die Frühjahrsmesse des Jahres 1914, mit 4200 Ausstellern die höchste erreichte Zahl aufzuweisen. Zur Frühjahrsmesse dieses Jahres haben sich bis jetzt über 4400 Firmen angemeldet, und weitere Anmeldungen gehen täglich ein, so daß auf eine Gesamtzahl von wenigstens 4500 Ausstellern zu rechnen ist. Im Augenblick auf den Besuch wird die Frühjahrsmesse voraussichtlich der letzten Frühjahrsmesse mit ihren 7500 auswärtigen Besuchern kaum nachstehen. Die Anmeldungen gehen in gleichem Umfang wie im Frühjahr.

Bischofswerda. Ein Hamster, der eine recht unfruchtbare Beute mit sich führte, wurde Donnerstag früh auf dem bischöflichen Bahnhof angehalten. Mit dem Frühstück von Stamms trafen hier ein Herr ein, der einen großen Koffer von schwerem Gewicht bei sich führte. Dem Dienstwachen Bahnbeamten kam die Sache verdächtig vor und er sandte nach der Polizei, die den Herrn mit seinem Koffer nach der Polizeiwache brachte. Die Untersuchung ergab, daß der Koffer nicht weniger als 98 Pfund Rindfleisch enthielt. Dieses wurde beschlagnahmt und kam nun hier zum Verkauf. Der Hamster selbst ist ein Postschaffner aus Dresden-Neustadt. Er will das Fleisch vom Fleischer Struck in Bamberg erhalten haben.

m Zittau. Wegen Unzulänglichkeit beim Mahlzeitmittelhandel hat der Stadtrat drei hiesigen Geschäftsinhabern die Warenbezugsmarken entzogen.

Zittau. An den Folgen einer Halsoperation ist der Vorstand der Amtshauptmannschaft, Amtshauptmann v. Baydorff, plötzlich gestorben.

Keine Nachrichten aus dem Lande. In einer Redaktion am Samstag Abend war ein dort beständiger Arbeiter am

Kraut und Luft. Man kann zum Beispiel ein belgisches Rennstallmännchen oder einen französischen Widder nicht in einer Hütte stehen, in der noch nicht einmal ein Hermelinmännchen Platz hat. Zur Konkurrenz kommen belgische und weiße Rinder, französische und englische Widder und silberne Rinder sind Süde von 70 Zentimeter nötig und nicht zu reichlich bewehen. Wie teuer aber ein Stall in dieser Weise ist und wo das Material dazu hergekommen werden soll, darüber ist leider von denen, die auf die Hölle und auf die Wolle Anspruch machen, nichts zu erfahren. Der Staat müßte Schritte tun, um den Bildern nicht nur zu Futter für die Tiere, sondern auch zu ausreichenden Stalleinrichtungen zu verhelfen.

Wer angesichts unserer Ernährungsschwierigkeiten und noch den Erwartungen, die in Leidetreibungen mit der freien Wirtschaft gemacht wurden, das gewiß mangelhafte Gebäude niederrichten und an seine Stelle geradezu ein nachdrückliches Brot zu setzen will, dem ist der Vorwurf nicht zu erwarten, daß er lediglich eigenwillige Interessen verfolgt, daß er in seiner Sicht nach immer mehr Geld seine Rücksicht auf das Volk kennt und daß er in Verfolgung seiner wunderlichen Neigungen sich der vernünftigsten Mittel bedient. Mit nationalem Pflichtgefühl hat das nichts zu tun, und wenn solches vorgekehrt wird, so macht das das ganze Treiben nur noch verschwendungsweisiger.

Wenn einmal die Voraussetzungen für den freien Markt wiederfehlen, wenn das Angebot groß genug sein wird, um der Nachfrage zu genügen, dann werden die Agrarier ebenso wie den freien Handel befähigen, wie sie ihm jetzt, wo er unmöglich ist, fordern. Es handelt sich für sie eben nicht darum, die beste Form für die Versorgung des Volkes zu suchen und anzuwenden, sondern sie wollen das Volk so und anders ihrer Profitsuche mehrlos ausgeliefert wissen. Danach ist ihr ganzes Arbeiten zu beurteilen.

Die Preisentwicklung des Gemüses in Belgien unter der Herrschaft des freien Handels zeigt, zu welchen Zuständen solche Betreibungen führen. Die Preisentwicklung ist ein Seitenstich zu den unzähligen Preisstrebereien auf den großstädtischen Gemüse- und Obstmärkten in Wien, Budapest, Konstantinopel, Wien und Rotterdam — Kirchen kosteten zwischen 4 und 6 Mark, Erdbeeren zwischen 5 und 8 Mark das Pfund. Nach amtlichen Berichten aus dem Generalgouvernement Belgien gingen die Gemüsepreise in diesem Gebiet in die Höhe. Sie erreichten schließlich den geforderten Betrag der Preise in Deutschland. Da die Ware für die breite Bevölkerung nicht mehr erforderlich war, setzte die deutsche Verwaltung gemeinschaftlich mit Vertretern der Gemüsehändler und -erzeuger Kreise seit, die kaum ein Drittel der zuletzt im freien Handel gezahlten ausgaben, aber immer noch die deutschen Höchstpreise um das Doppelte übertrafen. Sie werden alljährlich neu geregelt, ihre Innthalterung vollständig überwacht. Zumal die Verhinderung des Handels in Brüssel, das Verboten dadurch zu vereiteln, daß er die Ware verhindern ließ. Nach etwa einer Woche aber kehrte sie größtenteils zurück. Von einer behördlichen Bewirtschaftung in Verbindung mit Höchstpreisen hat man mit Rücksicht auf das verweigerte belgische Ernährungswesen abgesehen.

### Staatsanwalt und Wucher.

In den Dörfelser Nachrichten redet Staatsanwalt Dr. Nagel mit den Bürgern wie folgt ab: Es ist eine merkwürdige und kaum fassbare Erscheinung, daß das deutsche Volk sein Blut dem Vaterland darbringt, daß viele Deutsche aber ihr Gut — nicht etwa nicht zum Opfer bringen wollen, was ja von keinem verlangt wird — aber ihr Gut durch vorsichtige Ausbeutung der eigenen Volksgenossen höher und höher anhäufen, nicht als die erbärmliche Schande, die es ist, erkennen. Der Staat aber, dem doch die Pflege der Wohlthat des ganzen Volkes obliegt, führt nicht etwa mit eiserner Faust dogmatisch und zwinge die Pflichtvergehen zu dauernden Pflichtverfügung, sondern man weiß vor ihnen zurück, setzt die Höchstpreise und wartet, ob die Vampire sich auf Grund dieser Brüder für ihr Vaterlandloses Verhalten bleibend bereit finden werden, ihre Pflicht zu tun. Glaubt man denn aber wirklich, daß auf diesem Wege den Unerlässlichen etwas zu erreichen ist, daß sie nicht ein Hohnreden über die Schande, die man ihnen gegenüber zeigt, anstimmen und ihre Begehrlichkeit immer weiter heigen werden? Gerade der Kriminalist erkennt täglich die Unrechtmäßigkeit, daß einige Volkstreuen weit über das zulässige Einkommen hinweggehende Gewinne aus dem Verkaufe von Lebensmitteln gehaust werden, daß andere Volkstreuen aber, die hierdurch in bittere Not geraten, härter als die zulässigen Strafen für Fleiß- und Obstdurstbücher angebrochen werden, die doch eben meist nur von württembergischen Roteiden begangen werden, denn andere befreien sich wohl nicht damit.

Das ist eine Ironie und diese ganze unkonsequente Methode erzeugt sozialen Elbitter und Verwirrung, daß jedem Einsichtigen die Pflicht erwächst, die warnende Stimme zu erheben. Staat werke hart! Man entgleite den Erzeugern ein Produkt nicht für den Höchstpreis liefern, die ganze Ernte ohne Entschädigung, wucherhaften Handel die ganze Bevölkerung und ichlebe ihre Ränder. Man zeige erbarmungslose Härte und unbegrenzte Entschlossenheit im Kampfe gegen die Plünderer. Aber schneller Entschluß, rasche Umkehr von dem bisherigen Wege ist not.

### Gollen wir mehr hungern als andere?

Unmerklich sollen vom August an fleischlose Wochen eingeführt werden. Monatlich soll bei gleichzeitiger Herabsetzung der Fleischration von 200 auf 200 Gramm eine fleischlose Woche sein. Vorläufig sind sie für ein Vierteljahr vorgesehen; sie werden aber wahrscheinlich eine längere Einrichtung werden. Das ist für die Ländliche, sich nicht selbstversorgernde Bevölkerung eine bittere Aussicht. Um so sonderbarer berührt es nun, daß Berlin mit der Reichsleistungsmittel mit Erfolg darüber verhandelt haben soll, die Fleischration für die Berliner Bevölkerung nicht herabzusetzen. Eine solche Ausnahme wäre ganz unerhört. Eine Bevorzugung Berlins rücksichtigt sich durchaus nicht. Ebenso wie die bayerische Regierung hat auch die sächsische Regierung beim Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes dringende Vorstellungen gegen die Bevorzugung Berlins erhoben.

Unverständlich ist, wie die bayerische Regierung von dem Falle weit eher Kenntnis erhalten konnte als die sächsische, die er in Berlin Erforschungen einzulegen mußte, ehe sie die nötigen entscheidenden Schritte unternahm. Die Ernährungsfrage in Sachsen ist so schwierig, daß es Sache der Behörden wäre, jede, jede, auch die geringste Veränderung Sachsen unter allen Umständen zu verhindern.

## Stadt-Chronik.

### Unnere Feinde des deutschen Volkes.

find die Leute, die aus sozialem Profitsuchtforderungen erheben, die für das Volk von den unabdingbaren Wirkungen sein müssen. Dazu gehört das immer dringendere Verlangen nach dem Abbau der Zwangsirtschaft. Die Deute wünschen wohl, was sie wollen. Es soll der wackeren Leute werten nicht werden. In der Zukunft ist die Pfeife der Preisstreberei völlig die Pfeife freiem machbar. In der Verfolgung dieses Ziels ist die Dienststelle der Polizei das Mittel redlich. So bringen die Dresden-Amtsstellen von Zeit zu Zeit Verordnungen, damit allein kaufen zu dürfen, was sie kaufen wollen, die von allen Volkstränen schmerzlich empfundenen





